

Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 10. November 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0097

**Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 -**

Am 6. November 2007 hat der Ausschuss mit Beschluss Nr. 0083 einen Bericht zur Situation der öffentlichen Bedürfnisanstalten zur Kenntnis genommen. Dort heißt es unter Punkt 3: *„Die derzeitige Toilettensituation in Wiesbaden kann noch nicht als endgültig angesehen werden.“* Dem ist zuzustimmen, die Situation hat sich seit 2007 kaum verändert, dringender Handlungsbedarf ist nach wie vor gegeben.

Gleichfalls heißt es in der Sitzungsvorlage die dem o. a. Beschluss zugrunde gelegen hat: *„Alternativ gibt es die grundsätzliche Möglichkeit, den Betrieb von öffentlichen Toiletten in einem Werbenutzungsvertrag mit einem Außenwerber zu regeln...“*

In der Sitzungsvorlage 08-V-66-0100 und dem zugehörigen Magistratsbeschluss (0414 vom 20.05.2008) wurde die Gründung einer Arbeitsgruppe zwecks weiterer Verhandlungen zur Stadtmöblierung beschlossen. In der Vorlage ist von öffentlichen Toiletten nur am Rande die Rede.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, wie sich der gegenwärtige Sachstand der Beratungen der Arbeitsgruppe zum Thema Stadtmöblierung darstellt und gleichzeitig darüber informieren, wie er gedenkt, die Frage der Erhöhung der Anzahl öffentlicher Toiletten in dem Beratungsprozess zu verankern bzw. ob er schon Vor-Verhandlungen mit möglichen Anbietern geführt hat.

Beschluss Nr. 0086

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.11.2009 betr.

Öffentliche Toiletten / Verhandlungen mit Anbietern

wird angenommen.

Herrn stellv. Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2009

Spallek
Vorsitzender

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2009

Dezernat IV
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister